

23.04.2022

Stellungnahme zu dem Artikel „Erstaufnahmeeinrichtung in der Seestadthalle eingerichtet – Grüne stellen Modell infrage“ in der Halterner Zeitung vom 22.04.2022

In dem Artikel heißt es: „Die Fraktion der Grünen in Haltern ist mit der geplanten Nutzung der Seestadthalle als Notunterkunft für Flüchtlinge nicht einverstanden und will darüber im Ausschuss für Generationen und Soziales am 10.Mai diskutieren.“.

Die Interpretation unseres Anliegens von Seiten der Redaktion der Halterner Zeitung ist falsch.

Richtig ist, dass wir eine Unterbringung von Geflüchteten in ZUEn ablehnen, in denen sie bis zu 24 Monate untergebracht werden können, in denen den Kindern kein Schulbesuch angeboten wird, der Zugang von ehrenamtlichen Unterstützern nur unter sehr erschwerten Bedingungen möglich ist, die Integration in unserer Gesellschaft verhindert wird.

In der aktuellen Kriegssituation, in der Hundertausende in Europa, insbesondere Frauen mit ihren Kindern auf der Flucht sind, ist es kaum möglich ihnen schnell eine dauerhafte Wohnmöglichkeit anzubieten. Für eine kurze Übergangszeit sind Not- und Erstaufnahmeunterkünfte unumgänglich.

Wir möchten gerne von der Bezirksregierung oder der Verwaltung der Stadt wissen, in welcher Art und Weise die Unterbringung in der Seestadthalle geplant wird, wie lange die Verweildauer der Geflüchteten angedacht ist. Wie und in welcher Weise wird die Seestadthalle hergerichtet um ein Mindestmaß an Intimsphäre, Hygiene und erträglichen Lebensbedingungen insbesondere in den Nächten zu gewährleisten ist. Wie wird der Vertrag mit dem Betreuungsdienstleister aussehen? Gibt es eine Instanz, die die vereinbarten Leistungen überprüft? Werden die ehrenamtlich Engagierten freien Zugang erhalten?

Diese und weitere Fragen möchten wir im AGS in einem gemeinsamen Austausch mit der Verwaltung, den anderen Fraktionen und weiteren Expert*innen klären. In der aktuellen Situation geht es darum, als Rat der Stadt Haltern gemeinsam an einer wertschätzenden Unterbringung der aus den Kriegsgebieten Geflüchteten zu arbeiten, um ihnen neue Lebensperspektiven zu ermöglichen.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Ulrike Doeblner, Magdalene Meier, Sarah Radas